

Flughafen Leipzig-Halle rüstet auf Regionalbeauftragter für Flughafenentwicklung – aber noch immer kein Fluglärmenschutzbeauftragter

Mit Unverständnis reagieren die Fluglärm-Bürgerinitiativen und Verbände rund um die lauteste stadtnahe nächtliche Lärmquelle Deutschlands auf die neue Personalie am Flughafen Leipzig-Halle. Seit Jahren kämpfen sie um einen unabhängigen Fluglärmenschutzbeauftragten für Sachsen, sprich für die Flughäfen Leipzig-Halle und Dresden. Ihre Forderung wurde aber bisher von Legislaturperiode zu Legislaturperiode ignoriert oder unter dem Deckmantel Kostengründe/Haushaltsplanung ausgesessen.

Nun zaubern die Gesellschafter der Mitteldeutschen Flughafen AG, deren Hauptgesellschafter der Freistaat Sachsen und das Land Sachsen-Anhalt sind, einen Ex-Staatsminister aus der Tasche, der in 2019 von seinem CDU-Landesvorstand nicht mehr als Spitzenkandidat für die Europawahl nominiert wurde und dann auch nach dem schlechtesten Wahlergebnis der CDU aus der Politik ausschied. Jetzt ist er wieder da – als Präsident des Nordostdeutschen Fußball-Verbandes und natürlich, ganz wichtig für die CDU-dominierende Landesregierung, als Vermittler zwischen zwei Parteien, die sich gegensätzlicher nicht gegenüber stehen könnten – zumindest was den Frachtflyghafen betrifft. Und damit der Einstieg dann auch gleich zu Beginn kräftig daneben geht, ist das erste Statement von Herrn Winkler eine Halbwahrheit. Die „erfreuliche Entwicklung des Flughafens Leipzig/Halle“ ist nämlich nicht möglich geworden, „weil die Nachbarn das Wachstum begrüßt und mitgetragen“ haben, sondern trotz Widerständen, Protesten, Klagen und Petitionen der Bevölkerung ob der unhaltbaren Zustände am Flughafen und weil es der Landesregierung bisher immer gelungen ist, dies in undemokratischer Weise zu ignorieren bzw. auszusitzen. Interessant auch, dass die Vorstellung von Hermann Winkler als Erstes bei Vertretern der Umlandgemeinden (sprich Bürgermeistern, Ortschaftsräten, Gemeindevorsteher) vorgenommen wurde. Die haben nämlich bis zum 15. Februar noch Gelegenheit, innerhalb des PFV zum Ausbau des Frachtflyghafens Einwendungen abzugeben. Die Bürgerinitiativen und Vereine des Bündnisses gegen den Ausbau des Frachtflyghafens haben die ganze Sache jedenfalls erst mal aus der Zeitung erfahren.

Um es an dieser Stelle ganz klar zu sagen: Die Region braucht keinen Kommunikator des Flughafens, um Kompromisse auszuhandeln. Und sie braucht erst recht keinen versteckten Lobbyisten für Frachtflyghwachstum. Die Region braucht Lärm-, Umwelt- und Gesundheitsschutz. Die Region braucht ein Frachtflyghmoratorium. Die Grenze des Belastbaren ist längst erreicht.

Die BI „Gegen die neue Flugroute“ hat gegen den Ausbau des Frachtflyghafens eine Petition www.openpetition.de/!fghdq gestartet, die bisher von fast 7.000 Bürgern unterzeichnet wurde.

Matthias Zimmermann

Pressesprecher

BI "Gegen die neue Flugroute" / BI "Gegen Flug- und Bodenlärm"

Bürgerinitiative "Gegen die neue Flugroute"

Postfach 26 01 10, 04139 Leipzig

